

Rede von Dr. Reinhard Brandl, MdB am Politischen Aschermittwoch in Karlshuld
22. Februar 2012

Anrede,

Ihnen allen sage ich ein herzliches Grüß Gott und ein herzliches Willkommen beim Original: Dem Politischen Aschermittwoch der CSU im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen.

Ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind und es ist mir eine Ehre auf dieser Traditionsveranstaltung sprechen zu dürfen.

Es ist beim Politischen Aschermittwoch so wie bei vielem anderen in der Politik. Die CSU macht es vor. In Passau seit 1953, in Karlshuld seit 1984. Die anderen beargwöhnen und belächeln es zum Teil zuerst und irgendwann machen sie es dann alle nach. Das ist für mich jedes Mal die schönste Bestätigung unserer Arbeit.

Der Politische Aschermittwoch ist eine bayerische Institution. Und die CSU ist die bayerische Partei, die wie keine andere das bayerische Lebensgefühl verkörpert. Aber was ist denn das bayerische Lebensgefühl?

Es ist die Verbindung von Fortschritt und Tradition: Laptop und Lederhose. Es ist das Leben in einer schönen Natur. Es ist die Liebe zur Heimat. Der Stolz, verbunden mit etwas Patriotismus. Wir fühlen uns in erster Linie als Bayern, und dann erst als Deutsche.

Es ist die Gelassenheit und Toleranz, die uns Bayern innewohnt: Leben und leben lassen. Es ist aber auch eine klare Wertorientierung auf Basis des christlichen Menschenbildes: Wenn jemand zu mir in Berlin „Grüß Gott“ sagt, dann weiß ich, wo er herkommt. Ich weiß dann zwar nicht, ob er jeden Sonntag in die Kirche geht oder ob er CSU wählt, aber mit diesem Gruß verbunden ist ein unterbewusstes Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln unserer bayerischen Kultur. In der CSU steht dafür das C im Namen.

Daraus ergibt sich für uns die Nachhaltigkeit als übergreifendes politisches Prinzip, sei es beim Umgang mit der Schöpfung, der Natur, den Staatsfinanzen und mit den sozialen Sicherungssystemen oder bei der Förderung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.

Dazu gehört auch die Solidarität mit den Schwachen. Mit all denjenigen, die sich nicht selber helfen können. Das ist das S in CSU.

Zum christlichen Menschenbild gehört aber auch die Subsidiarität: Der Mensch soll in erster Linie selbstbestimmt und eigenverantwortlich handeln. Erst wenn das nicht zum Ziel führt, soll die Gesellschaft eingreifen. Die Eigenverantwortung von denen, die sich selbst helfen können, die fordern wir jedoch ein.

Mein Großvater hat zu mir immer gesagt: Reinhard, von nix, kommt nix. Er meinte damit: Ich muss mich anstrengen, wenn ich etwas erreichen will. Mit dieser Einstellung haben die Generationen nach dem Krieg unser Land zu dem gemacht, was es heute ist.

Die CSU hat mit ihrer Politik die vorhandene Leistungsbereitschaft der Bayern gefördert und die Rahmenbedingungen sowie die Infrastruktur geschaffen, so dass sich Bayern vom armen Agrarstaat zum High-Tech-Standort entwickeln konnte.

Dabei haben wir aber nie vergessen, dass ein starker und lebenswerter Standort auch ein stabiles kulturelles Fundament braucht, das den Menschen Heimat und Orientierung bietet.

Und weil wir dieses Fundament haben, sagen weit über 90 Prozent der Menschen, die in Bayern leben: Ja, ich lebe gerne hier. Und deswegen kommen auch so viele aus ganz Deutschland und dem Ausland zu uns. Sie kommen eben nicht nur wegen der Arbeitsplätze, sondern auch wegen des Lebensgefühls. Das ist unsere Stärke und die müssen wir pflegen.

Ich habe mich jahrelang darüber geärgert, dass uns beispielsweise die Grünen wegen unserer Kultur- und Traditionspflege verspottet haben. Wenn bei uns die Blasmusik spielt oder wenn wir in Tracht bei den Umzügen mitmarschieren. Von der unsäglichen Diskussion über die Kreuze in Klassenzimmern ganz zu schweigen. Das alles sei etwas von gestern. Hinterwäldlerisch. Bayerntümmelei. Multikulturell sei das Gesellschaftsmodell der Zukunft.

Und heute? Heute veranstalten die Grünen einen Heimatkongress, weil sie gemerkt haben, wie wichtig – gerade in Zeiten der Globalisierung – ein solches Fundament für die Menschen ist. Für mich ist das wieder eine schöne Bestätigung unseres politischen Kurses der vergangenen Jahrzehnte. Die anderen können ihn jetzt kopieren, so oft sie wollen: **Die einzig wahre bayerische Partei ist und bleibt die CSU.**

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

mir war es wichtig, bevor ich auf die aktuellen politischen Herausforderungen eingehe, dass ich Ihnen kurz darlege, was denn der innere Kompass ist – vom christlichen Menschenbild bis hin zur Liebe zur Heimat – der uns in der CSU leitet und der uns in der Vergangenheit in und für Bayern so erfolgreich gemacht hat. Denn das ist die Grundlage, auf der wir arbeiten. Das ist auch nichts von gestern.

Auf die Frage von Infratest dimap – „Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die wichtigsten Probleme Bayerns in der Zukunft zu lösen?“ – haben die Bayern im Januar geantwortet: CSU 57 Prozent, SPD 14 Prozent, FDP 1 Prozent, Grüne 4 Prozent und Freie Wähler 2 Prozent.

Das hat natürlich damit zu tun, dass wir im Moment bei Arbeitsplätzen, Finanzen, Bildung und Sicherheit überall an der Spitze in Deutschland liegen. Jetzt wo überall in Europa die gigantischen Staatsschulden den Ländern auf die Füße fallen, hat sich gezeigt: Das bayerische Modell des ausgeglichenen Haushalts und des konsequenten Investierens in die Zukunft bei Bildung, Forschung und Arbeitsplätzen ist das erfolgreichere Modell.

Wir sind heute Vorbild in ganz Deutschland und Europa. Aber es kann uns in Bayern und Deutschland auf Dauer nur gut gehen, wenn auch um uns herum in Europa Stabilität herrscht.

Die Vereinigung Europas war die großartigste Idee der Nachkriegszeit. Wir haben unseren politischen Vorvätern viel zu verdanken. Als Exportnation profitieren wir wie kein anderes Land vom europäischen Binnenmarkt. Wir stehen aber jetzt in der Verantwortung Europa so zu gestalten, dass es auch langfristig eine Zukunft hat. Die Leitlinien, an denen wir uns in der CSU dabei orientieren, sind genau die, die ich bereits vorgestellt habe: Solidarität und Subsidiarität mit der Forderung nach Eigenverantwortung.

Wir sind solidarisch mit unseren Partnern und helfen in der Not. Im Moment bei Griechenland, Irland und Portugal. Wir fordern aber auch deren Eigenverantwortung ein. Die Länder müssen strukturelle Reformen angehen, damit sie mittelfristig wieder auf eigenen Beinen stehen können. Für uns gilt: Wir helfen! Aber nur, wenn sich vor Ort tatsächlich etwas ändert. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

Der einfache Weg der Vergemeinschaftung der Schulden über Euro-Bonds ist für uns keine Lösung. Bei dieser zentralen Frage der Europapolitik unterscheiden wir uns fundamental von der SPD und den Grünen, die genau dies fordern. Wenn die Menschen sich bei mir beschweren, dass wir Geld nach Griechenland geben, sage ich: Seid froh, dass wir regieren. Die anderen würden die Taschen noch viel weiter öffnen.

Aber diese Form der bedingungslosen Solidarität ist die falsche Form der Solidarität, weil sie von den Ländern den Druck nimmt, ihre Haushalte zu konsolidieren und dringend notwendige Reformen, beim Arbeitsmarkt, beim Steuersystem und in den Sozialversicherungssystemen durchzuführen. Wir haben in Deutschland einen solchen bedingungslosen Länderfinanzausgleich und er führt eben nicht dazu, dass sich die Schwachen den Stärkeren angleichen, sondern die Kluft wird immer größer.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten schwierige Reformen hinter sich gebracht und an der Stelle möchte ich die Vorgängerregierungen, auch am Politischen Aschermittwoch, mal explizit loben: Die Hartz-Reformen unter Rot-Grün und die Einführung der Rente mit 67 in der Großen Koalition haben Deutschland langfristig wettbewerbsfähiger gemacht.

Das war für uns nicht einfach. Aber es wäre den Menschen bei uns nicht zu vermitteln, dass sie bis 67 arbeiten müssen, gleichzeitig ihr Steuergeld ohne Reformauflagen nach

Griechenland fließt, und sie dann in der Zeitung lesen müssen, dass in Griechenland beispielsweise in den letzten zehn Jahren Renten in Höhe von acht Milliarden Euro an Tote überwiesen wurden. An ehemalige Rentner, deren Tod von den Angehörigen – meist in betrügerischer Absicht – nicht gemeldet worden ist. Deswegen ist es gut für Deutschland, dass in dieser Krisenzeit die Union mit Angela Merkel regiert, die klare Kante zeigt und Europa wieder in Richtung einer Stabilitätsunion führen wird.

Soviel die Sozialdemokraten bei den Reformen im Land richtig gemacht haben, soviel haben sie bei der Europapolitik falsch gemacht. Theo Waigel und Edmund Stoiber haben bei der Einführung des Euro durchgesetzt, dass strikte Stabilitätskriterien in der Euro-Zone herrschen: Maximal 60 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt Gesamtverschuldung und maximal drei Prozent jährliche Neuverschuldung. Ich habe Theo Waigel noch im Ohr: Drei Prozent sind drei Prozent.

Gerhard Schröder und Hans Eichel waren es dann, als sie mit ihrem Haushalt gegen genau diese Kriterien verstoßen haben, die den blauen Brief aus Brüssel nicht angenommen haben und damit den Stabilitäts- und Wachstumspakt praktisch außer Kraft gesetzt haben. Seitdem wurde über 60 mal gegen diesen Pakt verstoßen und niemals wurde auch nur irgendeine Sanktion ausgesprochen. Das war nicht unsere Geschäftsgrundlage bei der Einführung des Euro.

Der zweite große europapolitische Fehler der Regierung Schröder, den wir jetzt teuer bezahlen müssen war, dass sie 2001 zugestimmt hat, dass Griechenland in den Euro aufgenommen wird. Und das obwohl damals schon bekannt war, dass die Griechen mit ihrem Wirtschaftssystem nicht mit den anderen Ländern der Euro-Zone mithalten können. Die CSU war übrigens die einzige deutsche Partei im Europaparlament, die damals dagegen gestimmt hat. Aber das ist Schnee von gestern. Sie haben jetzt nun mal den Euro und wir müssen mit der Situation fertig werden, wie sie ist.

Ich hoffe, dass Griechenland die von der Troika aus Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank geforderten Reformen auch umsetzt. Das ist für die Regierung nicht einfach. Ich habe höchsten Respekt vor jedem, der – angesichts der Situation in Griechenland – heute dort Verantwortung trägt.

Ein Aufweichen der Kriterien hätte aber eine fatale Signalwirkung auf andere Länder. Die Glaubwürdigkeit unseres gesamten Krisenmanagements und die Durchsetzungskraft für Reformen wäre verloren. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass eine plötzliche Staatsinsolvenz Griechenlands, in Verbindung mit einem Ausscheiden des Landes aus der Euro-Zone, eine Kettenreaktion auslöst, die uns insgesamt noch viel teurer kommen könnte. Ich erinnere nur an die Kettenreaktion nach der Lehmann Pleite in 2008, die das Weltfinanzsystem und auch die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Es gibt keinen historischen Vergleich für eine solche Situation. Deswegen bin ich auch mit allzu forschen Forderungen und Vorhersagen sehr vorsichtig. Übermut ist hier fehl am Platze. Jeder Schritt muss sorgfältig überlegt und abgewogen werden. Wichtig ist aber, dass wir selbst unseren Laden im Griff haben, wenn wir schon mit dem Finger auf andere zeigen und von ihnen große Reformanstrengungen und Einsparungen verlangen.

Die deutsche Staatsverschuldung ist viel zu hoch. Für das abgelaufene Jahr 2011 waren 48 Milliarden Euro neue Schulden eingeplant. Tatsächlich waren es, aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung, nur 17 Milliarden. Aber eigentlich müssten wir in einem Jahr, das so gut gelaufen ist wie 2011, Schulden zurückzahlen. Es wird auch wieder schlechtere Jahre geben. Ich wünsche mir als junger Abgeordneter nichts mehr, als dass wir im Bund endlich mit der Schuldenmacherei aufhören.

Wir sind auf einem guten Weg und wir werden dieses Ziel auch in zwei bis drei Jahren erreichen, wenn uns Europa und die Wirtschaft nicht um die Ohren fliegt. Dafür kämpfe ich. Das ist mir lieber als die eine oder andere Wohltat mehr.

Bayern ist da schon einen Schritt weiter. Horst Seehofer hat für 2012 den siebten Haushalt in Folge ohne neue Schulden vorgelegt. In diesem Jahr sollen dazu noch eine Milliarde Euro Altschulden getilgt werden. Das ist einmalig in Deutschland.

Zum Vergleich: Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW plant für 2012 vier Milliarden Euro neue Schulden. Bayern soll dagegen bis 2030 schuldenfrei sein. Diejenigen, die heute aus der Opposition heraus über diese Vision meckern und behaupten, das sei populistisch und überhaupt gar nicht notwendig, sind zum Teil die Gleichen, die dies wortwörtlich schon 1998 gesagt haben, als Stoiber seine Vision des ausgeglichenen Haushalts in die Bayerische Verfassung schreiben wollte.

Ich zitiere die SPD und Franz Maget, damals Fraktionsvize im Bayerischen Landtag: „Kurzsichtiger Showeffekt“ und „Ich würde mir finanzpolitisch nicht solche Handschellen anlegen“. Die Verfassungsänderung ist damals an der SPD und den Grünen gescheitert. Elf Jahre später waren sie dann schlauer und haben gemeinsam mit uns die Schuldenbremse für Bund und Länder im Grundgesetz festgeschrieben.

Die CSU hat den ausgeglichenen Haushalt in den Folgejahren in Bayern trotzdem umgesetzt. Das war nicht leicht. Ich erinnere nur an die ganzen Demonstrationen. Aber heute sind wir alle stolz darauf und er ist ein Markenzeichen Bayerns und der Politik der CSU geworden. Jetzt gehen wir den logischen nächsten Schritt und führen die Altschulden bis 2030 zurück.

Das wäre auch schneller möglich, wenn wir nicht den Länderfinanzausgleich hätten. Der Freistaat Bayern hat 2011 mit 3,7 Milliarden Euro mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs bezahlt.

Neben uns haben nur noch Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg einbezahlt. Alle anderen haben davon profitiert. Wenn man dies thematisiert, kommt gleich der Vorwurf, man sei unsolidarisch und Bayern war ja auch lange Zeit Nehmerland.

Das stimmt. In den vierzig Jahren, in denen das der Fall war, haben wir insgesamt 3,4 Milliarden Euro bekommen. Seither haben wir aber 38 Milliarden einbezahlt. Das ist das Elfache. Mangelnde Solidarität kann uns da wohl keiner ernsthaft vorwerfen.

Aber zur Solidarität gehört auch die Subsidiarität mit der Eigenverantwortung. Ich sehe jetzt zum Beispiel in Berlin keine großartigen Anstrengungen, sich aus dieser Lage zu befreien. Wenn Wowereit sich auf dem SPD-Parteitag hinstellt und verkündet: „Wo Sozialdemokraten regieren, sind Universitäten und Kitas gebührenfrei“, dann ist das ein tolles Programm.

Aber er müsste auch ehrlichweise dazu sagen, dass das nur geht, weil allein Berlin jedes Jahr drei Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich bekommt. Und zwar Geld, das zur Hälfte aus Bayern stammt. Und wir können bzw. wollen uns diese Wohltaten nicht leisten, weil wir unseren Haushalt sanieren möchten. Deswegen ist es richtig, dass Horst Seehofer und Markus Söder dies thematisieren und auch dagegen klagen, wenn es keine Einigung gibt. Das sind wir unseren Bürgern schuldig.

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

Bayern ist schön. Uns geht es gut. Da könnte ich lange darüber reden.

Aber Sie haben einen Bundespolitiker heute hier zu Gast, lassen Sie mich deswegen wieder auf Berlin zurückkommen.

Dort darf ich in gut drei Wochen einen neuen Bundespräsidenten wählen. Bis dahin haben wir ja die historische Situation, dass unser Horst Seehofer, den ja viele hier im Saal seit Jahren und Jahrzehnten persönlich gut kennen, der mit vier Auftritten der Rekordhalter bei den Rednern hier im Scharfen Eck ist, der erste Mann im Staate ist.

Wer hätte das vor wenigen Wochen geglaubt? Das zeigt, wie schnell sich Situationen in der Politik drehen können. Ich habe mir offen gesagt nicht vorstellen können, dass es soweit kommt. Aber es ist nun mal so gekommen.

Die Kanzlerin hat Größe gezeigt und gemeinsam mit den anderen Parteien einen Konsenskandidaten gefunden. Das war ihr Ziel und das hat sie erreicht. Ich freue mich jetzt auf den neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Die Diskussionen im Nachgang „Wäre es nicht doch besser gewesen, wenn“ halte ich für nicht angemessen. Es ist wie beim Heiraten, wenn man sich mal entschieden hat, dann soll man dazu stehen und nicht mehr

nach den anderen schauen. Wir werden ihn am 18. März wählen und dann werden auch wieder andere Themen uns und die Medien beschäftigen.

Eines habe ich bereits genannt: Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa. Eine wesentliche Herausforderung für 2012 ist es, zu vermeiden, dass diese Krise auf unsere Realwirtschaft überspringt. Auch deshalb ist es so wichtig, das Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität des Euro und in die ökonomische Zukunft seiner Mitgliedsstaaten wiederherzustellen. Nur bei guten Zukunftsaussichten trauen sich die Unternehmen zu investieren und die Banken sich zu finanzieren.

Griechische Zahlungen für tote Rentner stören erst einmal nicht das Geschäft eines bayerischen Handwerkers. Aber eine Kreditklemme der Banken kann ihn sein Geschäft kosten. Im großen Ganzen kann beides zusammenhängen.

Ich habe die Kettenreaktion nach der Lehman Pleite erwähnt. 2009 ist daraufhin die deutsche Wirtschaft um fünf Prozent eingebrochen. Ich habe damals Firmen besucht, die innerhalb von wenigen Wochen 60 Prozent und mehr an Aufträgen verloren haben. AUDI hat damals 2009 über Fasching Kurzarbeit angemeldet. Das hat die Menschen auch in unserer Region zutiefst verunsichert. Ich möchte das nicht noch einmal erleben.

Wir sind aus dieser Krise stärker herausgegangen, als wir hineingegangen sind. 2011 hatten wir die besten Arbeitsmarktdaten seit der Wiedervereinigung, mit weniger als drei Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt und einem neuen Höchststand bei den Beschäftigten (mehr als 41 Millionen). Besonders freue ich mich über unsere sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Das auch in 2012 und darüber hinaus zu halten, hat höchste Priorität in der Regierung und in unserer Fraktion.

Daneben steht die Umsetzung der Energiewende auf dem Programm: Aussteigen kann jeder! Aber eine neue dezentrale Energieversorgung aufzubauen, mit all den Schwierigkeiten – angefangen vom Leitungsbau, über die schwierige Standortsuche bei der Windenergie bis hin zur Ausbalancierung der richtigen Förderung von Energieeinsparmaßnahmen – ist die hohe Kunst der Politik und das hat Rot-Grün bei ihrem Ausstieg damals nicht geschafft.

Das geht auch nicht von oben herab. Wir in Berlin setzen dafür nur die Rahmenbedingungen. Umgesetzt werden muss die Energiewende aber vor Ort. Ich bin beeindruckt, wie das von unseren Kommunalpolitikern gerade hier im Landkreis angegangen wird. Egal in welche Gemeinde ich komme, die Energiewende ist überall Thema. Natürlich geht es immer auch darum, die Belastung der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Aber ich habe noch keinen Bürgermeister und keinen Gemeinderat erlebt, der nur verhindern will. Alle wollen konstruktiv mitgestalten.

Vor ein paar Tagen war ich bei der Energiesparmesse in Schrobenhausen. Die Handwerker sind hochmotiviert, bestens informiert und nutzen die Chancen, die sich ihnen bieten. Ehrlich

gesagt habe ich das nicht zu hoffen gewagt. Aber jetzt bin stolz darauf, dass wir es waren, die der Energiewende diesen Schwung gegeben haben. Herzlichen Dank an Euch alle, die ihr vor Ort so aktiv mit dabei seid.

Wie viele von Euch wissen, ist mein Hauptaufgabenbereich in Berlin die Verteidigungspolitik. Als ich in den Deutschen Bundestag gewählt wurde und die ersten Sitzungen im Verteidigungsausschuss verbracht habe, habe ich eine Bundeswehr erlebt, die chronisch unterfinanziert war und die strukturell nicht auf die Aufgaben hin ausgerichtet war, die sie zu erfüllen hatte. Die Aufgaben heute sind die Einsätze.

Wir haben daraufhin eine Reform angestoßen, deren Grundidee es ist, die Bundeswehr zu verkleinern, dabei zu spezialisieren und die freiwerdenden Ressourcen dafür zu nutzen, die Truppe besser auszurüsten und den Dienst für die Soldaten attraktiver zu gestalten.

Vor allem die letzten beiden Punkte waren uns in der CSU und mir persönlich ein großes Anliegen. Die Bundeswehr muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, um auch wirklich die guten Leute zu bekommen (Stichwort: Fachkräftemangel). Und wenn wir die Soldaten schon in den Einsatz schicken, dann brauchen sie dort auch das bestmögliche Material. Unter den Rahmenbedingungen war der gewählte Weg der Reform ohne echte Alternative.

Wenn fast überall gespart werden muss, kann sich dem auch die Bundeswehr nicht entziehen. Wirklich substantiell mehr Geld, um die Unterfinanzierung zu lösen, war also nicht in Sicht.

Angesichts der Größe der Herausforderung sind wir bei der Reform gut unterwegs. Die Standortschließungen konnten wir auf ein Minimum reduzieren. Die Bundeswehr bleibt in der Fläche präsent! Auch das war ein wichtiges Ziel von uns. Und für die betroffenen Soldaten beraten wir gerade ein Reformbegleitgesetz, dass die Härten abfedern soll.

In der Region verlieren wir das Flugabwehrraketengeschwader in Oberstimm und das Kreiswehrrersatzamt. Aber wir behalten in Manching, Neuburg und Ingolstadt jeweils Standorte mit über 1.000 Dienststellen. Das sind drei von insgesamt zwölf solcher Großstandorte in ganz Bayern. Das ist ein Riesenerfolg für die Region und die hier stationierten Soldaten.

Aber genauso wichtig sind mir die Arbeitsplätze in der wehrtechnischen Industrie: Über 1.000 in Schrobenhausen bei MBDA und 4.500 in Manching bei CASSIDIAN. Alleine an dem Standort in Manching hängen nochmals ca. 10.000 weitere Arbeitsplätze bei Zulieferern, vor allem im Mittelstand.

Manching ist das Kompetenzzentrum der militärischen Luftfahrt in Europa. Dass wir diese Kompetenz hier haben, geht letztendlich auf die Standortpolitik von Franz-Josef Strauß zurück, der den Aufbau der deutsch-französischen Luftfahrtindustrie vorangetrieben hat.

Ich sehe dieses Erbe auch als Verpflichtung an, diese Kompetenz und die Arbeitsplätze in der Region zu halten. Und das ist nun mal ein hochpolitisches Geschäft und so bin ich im Moment fast jede Woche auch politisch dafür unterwegs. Ich mache mir jetzt keine kurzfristigen Sorgen, aber langfristig geht es darum, vor allem die Kompetenz für das unbemannte Fliegen in Manching aufzubauen.

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Geld in Berlin ist knapp und ein solider Haushalt hat hohe Priorität. Vieles – gerade in Verbindung mit der Staatsschuldenkrise in Europa – können wir auch nur indirekt steuern. Aber dort, wo wir Gestaltungsspielraum haben, haben wir ihn in den vergangenen zwei Jahren im Sinne der CSU und unserer Bürgerinnen und Bürger genutzt. Ich möchte Ihnen das anhand von fünf Beispielen näher bringen.

Bildung und Forschung

Meine Grundüberzeugung ist: Der Staat darf überall sparen, nur nicht bei Bildung und Forschung. Gerade in Deutschland ist das die wichtigste Ressource, die wir haben und es ist die Basis für Wachstum und Wohlstand in der Zukunft.

Wie brauchen doch nur schauen, wie es zum Beispiel Bayern geschafft hat, sich vom unterentwickelten Agrarland zum High-Tech Standort zu entwickeln? Indem die Politik in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf Bildung und neue Technologien gesetzt hat.

Nehmen Sie als Beispiel die Fachhochschule Ingolstadt, mit heute über 3.000 Studenten, davon viele aus der Region. Die ist vor 17 Jahren ja nicht einfach vom Himmel gefallen. Die CSU hat ab 1994 viele Unternehmensbeteiligungen des Freistaates privatisiert, und mit dem Geld über das ganze Land verteilt neue Fachhochschulen aufgebaut, unter anderem in Ingolstadt. Dort kommen heute unsere dringend benötigten Fachkräfte für den Mittelstand und die Industrie her. Was wäre die Region heute ohne diese Fachhochschule?

Den Zusammenhang muss man wissen, wenn heute die SPD in Bayern die Abkehr von der Privatisierungspolitik der CSU als ein zentrales wirtschaftspolitisches Ziel propagiert. Aber dies nur am Rande.

Auf Bundesebene haben wir aus dieser Überzeugung heraus jedes Jahr die Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht. Noch nie hat der Bund in diesem Bereich so viel Geld investiert. Und das Geld kommt an.

Alle paar Wochen bekomme ich eine Mitteilung, dass die Uni, die FH oder ein Unternehmen aus meinem Wahlkreis wieder eine Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten aus Bundesmitteln bekommen hat.

Eine Schwerpunkt ist dabei natürlich der Automobilbau und dort vor allem die Elektromobilität. Das ist eine der Zukunftstechnologien für die Autonation Deutschland und für unsere Region. Alleine in diesem Bereich investiert die Bundesregierung bis 2013 eine Milliarde Euro, damit wir auch in Zukunft von der Automobilindustrie profitieren können.

CDU und CSU sind die kommunalfreundlichsten Parteien in Deutschland

Die Kommunalpolitiker bilden die Basis unserer Partei. Bei fast jedem Termin hier in der Region ist einer von ihnen mit dabei. Viele Kommunalpolitiker sind ja auch heute hier.

Die Kommune ist die staatliche Einheit, die dem Bürger am nächsten ist. Wenn es der Kommune schlecht geht, spürt es der Bürger sofort. Deswegen brauchen wir gut ausgestattete Kommunen, die auch in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Wir haben auf Bundesebene erreicht,

- dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt.
- dass die Städtebauförderung nicht gekürzt wird.
- dass beim neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die privaten Unternehmer sich nicht die Rosinen rauspicken können und die Kommunen auf dem unrentablen Rest sitzen bleiben.
- dass der Bund die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer komplett übernimmt.

Es beginnt in 2012 mit 45 Prozent, 2013 dann 75 Prozent und ab 2014 zu 100 Prozent. Das bedeutet allein für den Landkreis Neuburg-Schrobenhausen langfristig eine jährliche Entlastung in einer Größenordnung von 800.000 Euro. Geld, das in Zukunft im Landkreis und in den Kommunen verbleiben kann.

Ich freue mich immer auf die Rundschreiben des Deutschen Städtetages, in denen der Präsident Christian Ude die Entscheidungen der Bunderegierung begrüßt. Noch mehr würde ich mich freuen, wenn er es auch mal als Spitzenkandidat der Bayern SPD machen würde.

Wir stehen für eine gute Infrastruktur

Gerade wir hier in der Region wissen um die Bedeutung gut ausgebauter Straßen und einer schnellen Schienenanbindung. Nehmen Sie als Beispiel den ICE-Halt Ingolstadt. Jeden Morgen pendeln hunderte Bürger aus der Region damit nach München oder Nürnberg.

Durch die schnelle Schienenanbindung können sie hier bei uns wohnen bleiben und müssen nicht in die Ballungsräume ziehen.

Wir stehen allerdings vor einem riesigen Sanierungsstau, sowohl bei der Schiene als auch bei der Straße. Viele von Ihnen haben ja miterlebt, welcher Kampf es beispielsweise war und ist, den dreistreifigen Ausbau der B16 voranzubringen. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie lang die Wunschlisten der Kommunalpolitiker sind.

Wir haben letztes Jahr deswegen die PKW-Maut gefordert, um mehr Geld für den Ausbau bereitstellen zu können. Damit konnten wir uns nicht durchsetzen, der Kompromiss war aber, dass der Bund in den nächsten Jahren eine Milliarde zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Damit können wir immer noch nicht alle Wünsche erfüllen, aber die größte Not kann zumindest gelindert werden.

Wir haben die Schwachen im Blick

Das gilt nicht nur, aber insbesondere für die pflegebedürftigen Menschen in unserer älter werdenden Gesellschaft. Ein Thema, das uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv beschäftigen wird.

Konkret haben wir Ende letzten Jahres vereinbart, die Leistungen für Demenzkranke zu verbessern. Sie brauchen oftmals weniger medizinische Pflege im engeren Sinn als vielmehr Betreuung und Hilfe im Alltag. Zukünftig soll deshalb auch deren Betreuung Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein.

Es wird parallel dazu eine ganze Reihe von Verbesserungen für pflegende Angehörige geben. Wir werden auch die eigene private Pflegevorsorge ab dem 01. Januar 2013 steuerlich fördern. Das sind kleine Schritte, die helfen werden. Aber das reicht langfristig nicht. Es muss in den nächsten Jahren dort noch mehr passieren.

Ich erwähne dieses Thema auch deswegen, weil es auf Bundesebene von zwei Leuten aus der Region massiv vorangetrieben wird. Zum einen von Christine Haderthauer, als Bayerische Sozialministerin, zum anderen von Horst Seehofer, der die Pflegeversicherung damals mit eingeführt hat, und dem ein funktionierender Sozialstaat besonders am Herzen liegt.

Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft

Ich habe es ganz am Anfang schon erwähnt, dass die Förderung von Familien und insbesondere von Kindern ein Kernelement unserer politischen Arbeit ist.

Um darüber nicht nur warme Worte zu verlieren, sondern um die Familien konkret zu entlasten, war die erste Maßnahme, die wir nach der Wahl beschlossen haben, die Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro sowie die Erhöhung des steuerlichen Freibetrages.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene fördern wir massiv den Aufbau von Kinderkrippen für unter 3-jährige. Kein Land zahlt dabei so viel dazu wie der Freistaat Bayern.

Der Weg ist richtig. Wir haben nicht mehr die Familienstrukturen wie früher, wo oft zwei Omas in der Nähe wohnten. Wir brauchen die Frauen im Beruf. Und die Familien brauchen oft zwei Einkommen, um sich zum Beispiel bei uns einen Bauplatz und ein Haus zu finanzieren.

Aber unser Kompass ist auch in der Familienpolitik: Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Der Staat darf nicht vorschreiben, ob und wann ein Kleinkind in eine Betreuungseinrichtung gegeben wird und schon gar nicht den Eindruck vermitteln, es sei dort besser aufgehoben als bei seiner Mutter. Das ist ein Affront gegenüber dem Großteil der Eltern.

Wir stehen für Wahlfreiheit. Jede Familie soll selbst entscheiden können, wie sie die Kinderbetreuung organisiert. Der Staat muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die Familie auch tatsächlich frei entscheiden kann. Und deswegen darf der Staat nicht nur ein bestimmtes Modell, nämlich die Betreuung der unter 3-jährigen in einer Krippe mit 800 bis 1.000 Euro im Monat, fördern und diejenigen, die sich gegen dieses Modell entscheiden, leer ausgehen lassen.

Deswegen haben wir als CSU – und an der Stelle waren es wirklich wir alleine – ein Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat für unter 3-jährige durchgesetzt, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen.

Wenn die Opposition dieses Betreuungsgeld als Herdprämie diffamiert, dann ist das unerträglich. Es geht auch komplett an der Sache vorbei. Die Mutter kann auch arbeiten gehen und das Geld einer Tagesmutter geben.

Mir hat mal eine Mutter gesagt: Herr Brandl, egal wie ich es mache, ob ich zuhause bleibe oder wieder arbeiten gehe, ich mache es immer falsch. Einmal bin ich das Heimchen am Herd, das andere Mal die Rabenmutter.

Ich habe ihr gesagt: Beides ist richtig! Sie soll selbstbestimmt und eigenverantwortlich entscheiden, was in ihrer Situation das Beste ist. Und wir von staatlicher Seite müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass sie diese Entscheidung so oder so treffen kann und nicht das eine oder andere Modell diskriminieren.

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich könnte jetzt mit den Beispielen noch weitermachen. Ich bin beispielsweise noch nicht auf die Landwirtschaft eingegangen und auch noch nicht auf die Innere Sicherheit. Auch das sind Themen, die uns sehr am Herzen liegen. Das zeigt sich schon daran, dass wir in Berlin die Minister dafür stellen.

Aber mein Ziel war es nicht, alles darzustellen, sondern Ihnen an ein paar Beispielen zu zeigen, dass es nicht egal ist, wer unser Land regiert. Und dass es gut ist, dass die CSU sowohl in Bayern als auch im Bund die Verantwortung trägt.

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich werde dafür kämpfen, dass es auch nach 2013 so bleibt.

Wir haben in einer ganz schwierigen Zeit, vor allem in Bayern, aber auch im Bund, eine hervorragende Bilanz vorzuweisen. Wir haben auf allen Ebenen – von den Kommunen bis nach Europa – herausragende Köpfe, die unsere Politik vertreten.

Ich bin stolz und mir macht es auch große Freude für diese großartige Partei in diesem schönen Land Verantwortung tragen zu dürfen. Ich hoffe, dass hat man heute auch ein bisschen gemerkt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!